

1 **Antrag A2**

2 MVV LINKE. Neukölln am 12. April 2021

3

4 **Änderungsantrag Landeswahlprogramm „Mindestbedingungen für eine**
5 **Regierungsbeteiligung“**

6

7 Zur Einreichung

8 DIE LINKE. Berlin

9 8. Landesparteitag, 2. Tagung

10 23./24. April 2021

11

12 Einreicher: Bezirksvorstand

13

14 Der Landesparteitag möge beschließen:

15 *Nach Zeile 107 einfügen:*

16 „Regierung ist für uns kein Selbstzweck. Wir werden in eine Koalition dann eintreten, wenn
17 die inhaltliche Grundlage stimmt. Gerade angesichts der wirtschaftlichen Krise braucht es
18 ein milliardenschweres öffentliches Investitionsprogramm und einen handlungsfähigen
19 öffentlichen Dienst mit zusätzlichen und neuen Stellen. Wir werden mehr Personal in den
20 Krankenhäusern und im öffentlichen Gesundheitsdienst durchsetzen. So werden wir eine
21 dauerhafte Regulierung und Deckelung der Mieten durchsetzen und gleichzeitig den
22 öffentlichen Neubau weiter ankurbeln und mindestens 20.000 neue Wohnungen in
23 öffentlicher Hand schaffen. Beim Erfolg des Volksentscheides „Deutsche Wohnen und Co
24 enteignen“ werden wir die Umsetzung zügig vorantreiben und bei der
25 Entschädigungssumme den Ertragswert und nicht den fiktiven Marktwert heranziehen und
26 uns eng mit der Initiative abstimmen. Der Öffentliche Nahverkehr muss deutlich ausgebaut
27 werden. Den Einstieg von privaten Kapitaleignern bei Betrieb und Instandsetzung der
28 Berliner S-Bahn werden wir nicht mittragen. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft und
29 geflüchtete Menschen sollen in Wohnungen und nicht in Lagern untergebracht werden. Der
30 Berliner Senat setzt sich für das kommunale Wahlrecht für Nichtdeutsche ein, die in Berlin
31 ihren Lebensmittelpunkt haben, und dafür, Abschiebungen zu stoppen.

32 Dies sind die Mindestbedingungen, welche DIE LINKE für eine Regierungsbeteiligung stellt.
33 Gleichsam sind wir bereits, um für unsere Ziele aus der Opposition heraus zu kämpfen.“

34 Begründung:

35 In jede Verhandlung geht man immer mit Mindestbedingungen. Bei anderen Parteien
36 entscheidet und weiß nur das Spitzenpersonal, was solche Bedingungen sind. Wir sollten 1.
37 Innerhalb der Partei eine demokratische und transparente Diskussion zu solchen
38 Mindestbedingungen haben und 2. Auch unseren Wählerinnen und Wählern transparent
39 machen, was für uns eine linke Regierung ausmacht und was unsere Anforderungen daran
40 sind. Die Stadtgesellschaft soll von Anfang an in die Entscheidung mit einbezogen werden
41 und damit auch der Druck auf mögliche Koalitionspartner erhöht werden.